Inhaltsübersicht

Vor	wort	V
Inh	alt	IX
Kap A. B. C.	Ausgangsfrage	1 1 5 10
Kap	oitel 2 Keine Existenz eines allgemeinen Grundsatzes der Nichtigkeit	
A. B. C.	fehlerhafter Beschlüsse Beschluss als Rechtsgeschäft eigener Art Der fehlerhafte Beschluss Rechtsfolgen des fehlerhaften Beschlusses: Friktionen des	13 13 85
D.	Nichtigkeitsgrundsatzes Schlussfolgerungen Schlussfolgerungen	93 107
Kap A.	nitel 3 Entwicklung eines allgemeinen Beschlussmängelrechts	109
В. С.	Legitimations- und Steuerungsakt Einheitlichkeit der Mitgliedschaft Dogmatischer Anknüpfungspunkt: Mitgliedschaftliches Recht auf gesetzes-	110 110
D. E.	und statutenkonforme Beschlussfassung Entfaltung des allgemeinen Beschlussmängelrechts Vergleich der Mechanismen des allgemeinen Beschlussmängelrechts mit dem von Rechtsprechung und h. M. praktizierten Nichtigkeitsgrundsatz	113 170 178
Var	oitel 4 Schlussfolgerungen für das Beschlussmängelrecht in der	1,0
Kap A.	Personengesellschaft	181
B.	Beschlussmängelrechts	182 191
C.	Eckpunkte eines reformierten Beschlussmängelrechts der Personengesellschaft	263
Kar	oitel 5 Bewertung des MoPeG	269
A. B.	Das Beschluss(mängel)recht nach dem MoPeG	270
C.	reformierten Beschlussmängelrechts Bewertung	274 276
Kap	oitel 6 Zusammenfassung	281



Inhaltsübersicht

Abkürzungen	285
Literatur	291
Sachregister	321

Inhalt

Vorwort		V
Inhaltsübers	sicht	VII
Kapitel 1	Einleitung und Fragestellung	1
A. Ausgang	gsfrage	1
I. Rechtsp	gsstand	5 7 9
C. Untersc.	hiedliche Rechtsfolgenregime und Gang der Untersuchung	10
Kapitel 2	Keine Existenz eines allgemeinen Grundsatzes der Nichtigkeit fehlerhafter Beschlüsse	13
1. Existenz 1. Allg a) A b) A c c c) Z 2. Posit a) E	as als Rechtsgeschäft eigener Art z eines für alle Personenmehrheiten gültigen Begriffs des Beschlusses emeines Begriffsverständnis Allgemein-sprachliche Definitionsansätze Allgemein-soziologisches Begriffsverständnis a) Entscheidung und Beschluss als Synonyme bb) Beschluss als sichtbares kollektives Entscheiden c) Beschluss mit bestandssichernder, interessenausgleichender Funktion Cwischenergebnis und Folgerungen für die positiv-rechtliche Analyse tiv-rechtlicher Befund Beschlussurheber und Beschlussgegenstand (Testfrage 1) a) Aktiengesellschaft (1) Hauptversammlung (2) Vorstand und Aufsichtsrat bb) KGaA (1) Hauptversammlung (2) Aufsichtsrat (3) Persönlich haftende Gesellschafter c) Societas Europaea (SE) (1) Hauptversammlung (2) Leitungs- und Aufsichtsorgan bzw. Verwaltungsorgan ld) GmbH (1) Gesellschafterversammlung (2) Geschäftsführer (3) Aufsichtsrat und Beirat te) Eingetragener Verein (eV)	13 14 17 17 18 18 19 23 25 25 27 27 27 27 27 28 29 29 30 30 31 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32 32

			7
			7
	ff)		8
	gg)		9
			9
			9
	hh)		0
	ii)		2
	jj)		3
	kk)	KG	5
	11)		5
	/		5
b)			6
0,	aa)	Beschluss als tatsächliche Abstimmung, die sich aus einzelnen	Ĭ
	uuj	Stimmen zusammensetzt und die jeweils erforderliche Mehrheit	
			6
			6
			9
		(=)	ó
			1
		() = 8 + 8 + 8 + 1	2
			3
			4
	hh)		4
	bb)		5
		(-/	
		(2) 2000 massam ab F	6
	cc)	Beschluss als tatsächliche Abstimmung abzugrenzen von	
		weiteren Akten des Entscheidungsprozesses bzw. dessen	7
			7
			7
			8
		(b) 500104115 Zerropatou (5-1)	9
		(1) 911111111111111111111111111111111111	0
			1
			1
		(1) 11	2
		(+) ++,,,	3
			3
c)	Verb	sindlichkeitskriterien (Testfrage 3) 6	3
	aa)	Teilnahmemöglichkeit 6	4
	bb)	Erreichen der erforderlichen Mehrheit 6	5
d)	Rech	ntsfolgendifferenzierung (Testfrage 4)	5
•	aa)		5
	bb)		6
	cc)		7
	dd)		8
	ee)		8
	ff)		8
	/		

	e) Zwischenergebnis und Folgerungen	68
	Einheitliches Begriffsverständnis und einheitliche Funktion der	00
	»Willensbildung«	70
II.	Einheitlicher Beschlusstatbestand; rechtsformübergreifender Minimalkonsens	, 0
	eines wirksamen Beschlusses	71
III.	Beschluss als Rechtsgeschäft eigener Art	72
111.	Beschluss keine Willenserklärung	76
	Beschluss als Rechtsgeschäft sui generis	77
	a) Keine Ausnahme einstimmiger Vertragsänderungen aus dem	, ,
	Beschlussbegriff	77
	b) Beschluss kein Vertrag	79
IV.	Ergebnis und Gang der weiteren Untersuchung	84
I V .	Engeronis and Gang der weiteren Ontersachung	04
В.	Der fehlerhafte Beschluss	85
I.	Fehlerhaftigkeit der einzelnen Stimme	85
	1. Fehlerquellen	86
	2. Auswirkungen auf den Beschluss	87
II.	Fehlerhaftigkeit des Beschlusses	88
III.	Nicht- und Scheinbeschlüsse	89
IV.	Wirkungslose Beschlüsse	90
v.	Unwirksame Entscheidungen	91
VI.	Fokussierung auf den fehlerhaften Beschluss im Personengesellschaftsrecht	92
	-	-
C.	Rechtsfolgen des fehlerhaften Beschlusses: Friktionen des	
	Nichtigkeitsgrundsatzes	93
I.	Mögliche Fehlerfolgen und Begriffsklärungen nach der Rechtsgeschäftslehre	93
II.	Nichtigkeit i. S. der Rechtsgeschäftslehre (Rechtsprechung und h. M.)	95
III.	Friktionen des Nichtigkeitsgrundsatzes	96
	1. Begründungsdefizit	97
	2. Keine Nichtigkeit als generelle Fehlerfolge auf Basis eines	
		101
		101
	b) »Inhaltliche« Fehler	102
		103
	3. Nichtigkeit aufgrund der Vorschriften der allgemeinen	
		103
		103
		105
		106
D.	Schlussfolgerungen	107
Kaj	pitel 3 Entwicklung eines allgemeinen Beschlussmängelrechts	109
1	Rechtsformübergreifendes Verständnis vom Beschluss als verbindlichem	
A.		110
		110
В.	Einheitlichkeit der Mitgliedschaft	110
C.	Dogmatischer Anknüpfungspunkt: Mitgliedschaftliches Recht auf gesetzes-	
		113

I.		itung	113
		rsonengesellschaften	117
		Rechtsfähigkeit der Personengesellschaft	118
		Betonung der schuldvertraglichen Ebene	118
	c)	Betonung der organisationsrechtlichen Ebene	120
	d)		126
		aa) Vertrags- und Grundlagenbeschlüsse	127
		bb) Geschäftsführungsbeschlüsse	129
	2. Kċ	örperschaften	132
	a)	Anspruch gegen die Gesellschaft bei originärem Erwerb der	
		Mitgliedschaft in einer bestehenden Körperschaft	133
	b)	Anspruch gegen die Gesellschaft bei originärem Erwerb der	
		Mitgliedschaft als Gründungsmitglied	135
	c)	Anspruch gegen die Gesellschaft bei derivativem Erwerb der	
		Mitgliedschaft	140
II.	Umfa		140
	1. Re	echt auf gesetzes- und statutenkonforme Beschlussfassung	140
		erbandsimmanente Begrenzungen	141
III.		chenergebnis	143
IV.		irklichung des Rechts auf gesetzes- und statutenkonforme	
		nlussfassung	144
		ıfhebungsanspruch	145
		Keine Vollstreckbarkeit gegenüber der Gesellschaft	145
		Vollstreckung gegenüber den Mitgesellschaftern auf nicht die	
	,	Geschäftsführung betreffende Beschlüsse in der gesetzestypischen	
		Personengesellschaft beschränkt	146
	c)	Keine abweichende Beurteilung bei kompetenzwidrigem Geschäfts-	
		führerhandeln	148
	d)		
	-/	aufhebung durch Anfechtungserklärung oder Beschlussmängelklage	150
	e)	Zwischenergebnis	154
	2. Be	eschränkung der Verbindlichkeitswirkung des Beschlusses	154
	a)	Interne und generelle Nichtigkeit	155
		Beschränkte und unbeschränkte Unwirksamkeit	156
		Relative Unwirksamkeit	157
	d)		
	/	im Innen- und Außenverhältnis zu beurteilen	158
		aa) Relative Unwirksamkeit	158
		bb) Interne und generelle Nichtigkeit	160
		cc) Beschränkte und unbeschränkte Unwirksamkeit	161
	e)	Verwirklichung i. S. einer Einwendung	162
	-/	aa) Personengesellschaftsrechtliche Exemplifizierung	162
		(1) Nichtige Beschlüsse	163
		(2) Dauerhaft unwirksame Entscheidung	164
		(3) Schwebend unwirksame Entscheidung	165
		(4) Nichtigkeit und Unwirksamkeit als Grobfilter	166

	 (5) Keine abweichende Beurteilung für von der Geschäftsführung ausgeschlossene Gesellschafter betreffs Geschäftsführungsbeschlüsse (6) Keine abweichende Beurteilung unter Geltung des Mehrheitsprinzips 	166 167
	bb) Körperschaftliche Exemplifizierung	167 169
D.	Entfaltung des allgemeinen Beschlussmängelrechts	170
I.	Materiell-rechtliche Betrachtung 1. Das Recht auf gesetzes- und statutenkonforme Beschlussfassung 2. Drei Fehlerkategorien, die jeweils die Unwirksamkeit des Beschlusses	171 171
**	bedingen	171
II.	Prozessuale Betrachtung	172 172
	 Klagbarkeit und Klagerecht der Mitgheder Feststellungsklage i. S. von § 256 ZPO als Beschlussmängelklage Feststellungsfähiges Rechtsverhältnis – Konkretisierung des 	172
	Klagegegners	174
	4. Feststellungsinteresse	175
	5. Klageerfordernis, Klagefrist, gerichtliche Zuständigkeit	176
	 Bindungswirkung und keine Rechtskrafterstreckung Geltendmachung eines Beschlussfehlers durch Organe oder einen Organwalter, der nicht Mitglied der Personenmehrheit ist, und Dritte 	176
	Organiwanter, der inem lyntighed der Fersonenmenmen ist, und Dride	176
E.	Vergleich der Mechanismen des allgemeinen Beschlussmängelrechts mit dem von Rechtsprechung und h. M. praktizierten Nichtigkeitsgrundsatz	178
I. II.	Fehlerfolge	178 179
Kaj	pitel 4 Schlussfolgerungen für das Beschlussmängelrecht in der Personengesellschaft	181
		101
A.	Keine umfassende Praxisgerechtigkeit des allgemeinen	
	Beschlussmängelrechts	182
I.	Materiell-rechtliche Schwächen	182
	Kein Begründungsdefizit der fehlenden Bindungswirkung des	
	Beschlusses	182
	2. Generelle Fehlerfolge Unwirksamkeit	182
**	3. Zeitlich unbegrenzte Wirkung der Fehlerfolge	183
II.	Prozessuale Schwächen	184
	Bestimmung des Klagegegners	184
	2. Klagefrist	186
	 Feststellungsinteresse Bindungswirkung des Urteils 	186 187
	a) Beschlussmängelstreit inter socios	187
	b) Beschlussmängelstreit im Verhältnis Gesellschafter ./. Gesellschaft	189
	c) Streitverkündung nicht erforderlich	189
	d) Zwischenergebnis	190

В.	Abweichungen vom allgemeinen Beschlussmängelrecht – Institutionenbildung	
	auf Grundlage des Anfechtungsmodells	191
I.	Anfechtungsrecht: Ausgleich zwischen Legalität und Funktionsfähigkeit	
	der Gesellschaft; Geltung des Mehrheitsprinzips	194
	Sicherung der Legalität und Funktionsfähigkeit wegen der Geltung	
	des Mehrheitsprinzips	194
	2. Rechtsvergleichende Schlaglichter	200
	3. Folgerung: Interessenausgleichende Funktion des Anfechtungsrechts	201
II.	bei Beschlussfassung nach dem Mehrheitsprinzip	201 202
11.	Anfechtbarer Beschluss vorläufig wirksam	202
	Anfechtoaler beschluss vorlaung wirksam Anfechtungsklageerfordernis	205
	3. Zeitliche Befristung	205
	4. Kläger und Beklagte	206
	5. Inter omnes- und ex tunc-Wirkung eines Urteils	206
	6. Weitere Regelungsmechanismen nicht gemeinsame Schnittmenge	207
	7. Zwischenergebnis: Merkmale eines Anfechtungsmodells	208
III.	Parallelen von allgemeinem Beschlussmängelrecht und Anfechtungsmodell	208
IV.	Unterschiede von allgemeinem Beschlussmängelrecht und	
	Anfechtungsmodell	209
V.	Sachgerechtigkeit der generellen Fehlerfolge Unwirksamkeit	209
	1. Realwissenschaftliche Unterscheidung zwischen unverbindlicher	
	und verbindlicher Entscheidung	210
	2. Sachgerechtigkeit einer Institutionenbildung – Übernahme der	
	Unterscheidung von anfechtbarem und nichtigem Beschluss	211
	a) Keine Anknüpfung allein an Rechtsform und Rechtsfähigkeit	212
	der Gesellschaft	212 213
	b) Rechtssicherheit – Mixtum compositum	213
	c) Realstruktur der Gesellschaft ihrerseits definitionsbedürftig	214
	e) Kein Schutz »zukünftiger« Mitglieder	216
	f) Beschlussgegenstand	217
	g) Beschlussurheber; Rolle des Mitglieds in der Personengesellschaft	218
	aa) Persönliche Beziehungen zwischen den Gesellschaftern	218
	bb) Haftungsverhältnisse	222
	cc) Stimmgewicht	223
	dd) Förmlichkeit des Beschlussverfahrens	224
	ee) Mehrheitsprinzip	224
	h) Zwischenergebnis	226
	3. Zwischenergebnis: Anfechtungsmodell als sachgerechte Lösung im Falle	
	der dem Mehrheitsprinzip folgenden Beschlusszurechnung	227
VI.	In Sonderheit: Das Anfechtungsklageerfordernis	228
	Privatautonome Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in Relation Relation	229
	zur Rechtssicherheit	232
	Keine Relevanz des Beschlüssgegenstands Keine Relevanz der personalistischen Struktur	234
	Keine Relevanz der personalistischen Studdul Negatorischer Charakter des Klageerfordernisses	234
	5 Konsensuale Konflikthewältigung weiter möglich	237

	6. Keine unbillige Parteirollenverteilung	238
	7. Zwischenergebnis	240
VII.	Befristung der Mangelbeachtlichkeit	241
, 11,	Gesetzlicher Normenbestand und rechtsvergleichende Schlaglichter	241
	2. Meinungsstand im GmbH-Recht	242
	3. Interessenbewertung im Personengesellschaftsrecht	243
	a) Monatsfrist als Mindestfrist	243
	b) Ablehnung einer flexiblen Frist	244
	c) Konturierung einer starren Frist	246
	d) Bedeutung der Hemmung des Fristlaufs	247
	e) Beginn des Fristlaufs	250
	f) Keine Höchstfrist in Anlehnung an § 242 Abs. 2 AktG	255
	4. Zwischenergebnis	256
VIII	Der richtige Klagegegner	256
	Status quo: Gesellschaft als Beklagte im Falle der Beschlusszurechnung	256
	2. Fortentwicklung: Generelle Passivlegitimation der Gesellschaft	256
	3. Zwischenergebnis	262
<i>C</i> .	Eckpunkte eines reformierten Beschlussmängelrechts der Personen-	
	gesellschaft	263
I.	Anfechtungsmodell für der Gesellschaft zugerechnete Beschlüsse	263
	Unwirksame und anfechtbare Beschlüsse	263
	2. Prozessuale Verwirklichung	266
П.	Feststellungsklage für nicht der Gesellschaft zugerechnete Beschlüsse	267
III.	Passivlegitimation, Rechtskrafterstreckung und Dispositivität	268
17	24-15 December of Manager	260
Kaj	pitel 5 Bewertung des MoPeG	269
A.	Das Beschluss(mängel)recht nach dem MoPeG	270
I.	Beschlussfassung der Personengesellschafter	270
	1. Rechtsnatur des Beschlusses – Rechtsgeschäft sui generis	270
	2. Social Decision Scheme: Einstimmigkeitsprinzip und Stimmkraft	270
	3. Gesellschafterversammlung und Beschlussfeststellung	271
II.	Beschlussmängelrecht nur für die Personenhandelsgesellschaften	272
	1. GbR	272
	2. Personenhandelsgesellschaften	272
	a) Unterscheidung zwischen anfechtbarem und nichtigem Beschluss	272
	b) Prozessuale Ausgestaltung des Beschlussmängelrechts	272
	aa) Befristete Anfechtungsklage gegen die Gesellschaft	272
	bb) Nichtigkeitsklage	273
	c) Beschlussfeststellungsklage	273
_		
В.	Vergleich des MoPeG mit den vorgeschlagenen Eckpunkten eines	
•	reformierten Beschlussmängelrechts	274
I.	Anwendungsbereich eines Beschlussmängelrechts	274
II.	Der Gesellschaft zugerechnete Beschlüsse	274
	1. Unterscheidung zwischen anfechtbarem und unwirksamem Beschluss	274
***	2. Prozessuale Verwirklichung	275
Ш.	Der Gesellschaft nicht zugerechnete Beschlüsse	275

Inhalt

I. II. III.	Bewer Anwe Ausge Festste Zusan	ndun estaltı ellun	gsb ung gsk	ere des lage	ich s A	de Inf	es ecl	Be htu	sc in	hl gs	lus m	SSI .OC	mi le	in lls	ge	elr •	ec	ht · ·	.s	 		 				 		276 278 279
Kap	itel 6	Zus	am	me	nf	ass	u	ıg																		 		281
Abk	ürzun	gen							•																			285
Lite	ratur																							 		 		291
Sach	regist	er .																										321